

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 38 (2011)

DOI: 10.11588/fr.2011.0.45008

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectiva.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HORST MÖLLER

»WAS IST UND ZU WELCHEM ENDE STUDIERT MAN
ZEITGESCHICHTE?«

Wie unbefangen erscheint Friedrich Schillers berühmte Jenaer Antrittsvorlesung »Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte« gegenüber allem heutigen Nachdenken über Geschichte! Schillers Wort »Universalgeschichte« könnte schon deshalb nicht mit heutigen Bemühungen um »Globalgeschichte« übersetzt werden, weil sein universeller Zugang der einer philosophischen Anthropologie war. Hören wir ihn selbst: »Indem sie (das heißt die Universalgeschichte) den Menschen gewöhnt, sich mit der ganzen Vergangenheit zusammenzufassen und mit seinen Schlüssen in die ferne Zukunft vorauszuweichen: so verbirgt sie die Grenzen von Geburt und Tod, die das Leben der Menschen so eng und drückend umschließen, so breitet sie optisch täuschend sein kurzes Dasein in einen unendlichen Raum aus und führt das Individuum unvermerkt in die Gattung hinüber«¹.

Vermutlich hätte Schiller seine Antrittsrede, die er am 26. und 27. Mai 1789, also wenige Wochen vor Ausbruch der Französischen Revolution, gehalten hat, in den Jahren danach in immer kürzeren Abständen ändern müssen. Wie schnell wurde doch seine folgende Einschätzung widerlegt: »Die europäische Staatengesellschaft scheint in eine große Familie verwandelt. Die Hausgenossen können einander anfeinden, aber hoffentlich nicht mehr zerfleischen«². Genau das taten die europäischen Hausgenossen in den Revolutionskriegen und den napoleonischen Kriegen. Aber was waren diese Kriege im Vergleich zum »totalen Krieg« im 20. Jahrhundert?

Und dennoch: Seit 1789 änderte die europäische Geschichte ihren Rhythmus: Politische, gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle Fundamente, die für Jahrhunderte prägend waren, wurden innerhalb weniger Tage, Wochen, Monate zerschlagen. Seither ist, wenn auch mit Zwischenperioden, die europäische Geschichte wesentlich Geschichte von Revolutionen – und das nicht nur im politischen Sinne, denken wir nur an die Industrielle Revolution, an die Revolution des Verkehrswesens – beginnend mit der Eisenbahn –, der Technologie, der Kommunikation.

Würde man die Veränderungsdynamik als erstes Charakteristikum ansehen, so bildet die fundamentale Erschütterung, die Revolutionen, große Kriege oder totalitäre Diktaturen bei den Zeitgenossen auslösen, ein zweites notwendiges Konstituens für die Zeitgeschichte. Dabei mag die Revolution für die Revolutionäre und Anhänger einen Traum bilden, für die Gegner oder Opfer ein Trauma, in jedem Fall verändert sie die Perspektive. Und dies ist zunächst die nationale Perspektive, auch wenn eine Revolution, wie die von 1776 in Amerika, von 1789 in Frankreich, von 1917 in Russland, von 1933 in Deutschland oder 1989/91 in den ost- und mitteleuropäischen Staaten beziehungsweise der Sowjetunion weltgeschichtliche Wirkungen erlangt. Dabei ist es nicht entscheidend, ob solche Erschütterungen positiv-konstruktiver oder negativ-destruktiver Art waren.

1 Friedrich SCHILLER, Sämtliche Werke, Bd. 4, Historische Schriften, hg. von Peter-André ALT, München 1966, S. 765.

2 Ibid., S. 757.

Daraus folgt, dass Begriff und Phänomen der Zeitgeschichte nicht auf das 20. Jahrhundert beschränkt sind und ihre zeitliche und inhaltliche Definition national unterschiedlich ist. Zäsuren in der europäischen Geschichte müssen nicht zwangsläufig analog sein. Stammt schon der deutsche Begriff Zeitgeschichte etymologisch gesehen aus dem 17. Jahrhundert, wo er erstmals beim Barockdichter Sigmund von Birken 1657 in der Pluralform »Zeitgeschichten« nachweisbar ist, so wurde er seit dem 18. Jahrhundert – beispielsweise in der »Histoire de mon temps« Friedrichs des Großen – und dem 19. Jahrhundert in der Regel mit Bezug auf die neueste Geschichte benutzt, über die sich Publizisten und Schriftsteller öfter äußerten als die Fachhistoriker. Ein Grundwerk bildet die Geschichte des Revolutionszeitalters, die Lorenz von Stein zunächst bis zur Revolution in Frankreich 1830 und dann erweitert bis 1848 mit dem Untertitel »Ein Beitrag zur Zeitgeschichte« zuerst 1840 und schließlich 1850 veröffentlichte. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts schrieben auch führende deutsche Historiker wie Leopold von Ranke, Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke Zeitgeschichte, wobei die beiden Letztgenannten kräftige politische Urteile nicht scheuten.

Die Zeitgeschichtsschreibung ist indes viel älter, sie beginnt mit der Geschichte des Peloponnesischen Krieges von Thukydides im 5. Jahrhundert vor Christi. Thukydides begründet im Proömium seinen Untersuchungsgegenstand wie folgt: Der Peloponnesische Krieg habe die »bei weitem gewaltigste Erschütterung für die Hellenen und einen Teil der Barbaren, ja ... unter den Menschen überhaupt« gebracht. Was vor diesem Krieg geschehen sei, das sei »wegen der Länge der Zeit unmöglich genau zu erforschen« (Übersetzung G. P. Landmann). Wir haben es also schon hier mit den eingangs genannten Kriterien, grundstürzende Erschütterung durch ein historisches Ereignis, in diesem Fall den Krieg, sowie der Beschleunigung historischer Prozesse zu tun.

Die hier genannten allgemeinen Merkmale der Zeitgeschichte werden durch nationale Entwicklungen spezifiziert, so dass die *histoire contemporaine* in Frankreich normalerweise mit dem Beginn der Revolution 1789 einsetzt, die britische *Contemporary History* mit der Parlamentsreform von 1832 usw. Allerdings hat man wie in Deutschland mit der Unterscheidung von »älterer« und »jüngerer« Zeitgeschichte, vor und nach dem Epochenjahr 1945, auch in Frankreich und England solche Differenzierungen vorgenommen, beispielsweise mit dem Begriff der *histoire présente* seit Vichy-Régime und *Libération* 1944. In Frankreich indiziert ein weiterer Begriff – *histoire immédiate* – wie in England *Current History* unverkennbar die Unabgeschlossenheit und Gegenwartigkeit der Zeitgeschichte, die damit als die Geschichte der Zeitgenossen definiert wird. So bezeichnen einige Historiker die Jahre seit dem epochalen Umbruch von 1989/90 als Neueste Zeitgeschichte. Der Generationenwechsel führt damit zwangsläufig zur Historisierung früherer zeitgeschichtlicher Perioden: Chronologisch gesehen wandelt sich der Gegenstandsbereich unaufhörlich, dies ist die »Geschichte, die noch dampft«, wie es die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman ausgedrückt hat.

Definiert man die Zeitgeschichte auch inhaltlich, wie es Hans Rothfels in seinem berühmten Aufsatz im ersten Heft der »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 1953 getan hat, stellt sich die Frage, wie lange sie Zeitgeschichte bleibt. So hat Rothfels bekanntlich das Epochenjahr 1917 als Beginn der Zeitgeschichte definiert, weil mit ihm die Geschichte zur Weltgeschichte geworden sei: Die russische Oktoberrevolution erhob einen weltrevolutionären Anspruch, der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg machte den großen Krieg, *la Grande Guerre*, zum Weltkrieg³.

Ernst Nolte hat davon seine substantiierte Interpretation des Kalten Krieges abgeleitet, der zufolge zwei sich ausschließende und sich bekämpfende, sendungsbewusste Ideologien die Weltpolitik bestimmen, die kommunistische mit der sowjetischen Führungsmacht und die liberaldemokratische mit den USA an der Spitze⁴.

3 Hans ROTHFELS, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 1–8.

4 Ernst NOLTE, Deutschland und der Kalte Krieg, München, Zürich 1974.

Bei solcher Definition bedeutet das Ende des Kalten Krieges und der kommunistischen Diktaturen 1989–1991 auch das Ende der bis dahin systematisch und chronologisch geltenden Auffassung von Zeitgeschichte. In diesem Sinne hat René Rémond das 20. Jahrhundert mit dem Ersten Weltkrieg beginnen und 1989 enden lassen⁵. Dies gilt ebenso für die sich an Eric Hobsbawm anschließenden Interpretationen vom »kurzen« 20. Jahrhundert⁶. Und in diesem Sinne argumentiert auch Christoph Kleßmann, wenn er mit dem Ende des Kalten Krieges die Rothfelsche Definition von Zeitgeschichte enden lässt⁷. Ich halte dies nicht für zwingend, weil die weltgeschichtliche Weitung für Rothfels konstitutiv war, sie aber ist – wie schon unsere heutige Globalisierungsdebatte zeigt – keineswegs abgeschlossen, sondern ganz im Gegenteil in eine neue verstärkte Phase eingetreten, in der weitere Global Players auftauchen, nach Japan nun China und möglicherweise bald Indien und Brasilien, was in allen früheren Reflexionen über Zeitgeschichte keine Rolle spielte. Die Aussparung Asiens aber demonstriert einmal mehr die Grenzen einer euroatlantischen Definition von Zeitgeschichte.

Verhältnis von Zeitgeschichte und Gegenwart

Die Frage stellt sich: Bedarf es angesichts dieser differenten Wege zur Zeitgeschichte nicht einer neuen Konzeptualisierung, kann und müsste Zeitgeschichte in Deutschland nicht systematisch und chronologisch von ihrem zumindest implizierten deutschen Sonderwegsparadigma befreit werden?

Diese Interpretationslinie beginnt 1945, und es kann kein Zweifel bestehen, dass diese Auseinandersetzung historisch, politisch und moralisch notwendig war. Gleichwohl kann das heute nicht mehr die dominante Perspektive der Zeitgeschichtsforschung sein und ist es – jenseits der öffentlichen Debatte – auch längst nicht mehr. Doch liegt hier – und darauf gehe ich gleich noch ein – die Achillesferse der Zeitgeschichte, ist sie doch in essentiell stärkerem Maße als andere Perioden gesellschaftspolitisch, rezeptionssoziologisch, medial und schließlich durch die spezifische Erinnerungskultur geprägt; so konstatierte bereits Marcel Proust, im Gedächtnis forme sich die Vergangenheit.

Tatsächlich ist es die Gegenwart, die die Zeitgeschichte definiert, davon ist der Historiker nicht frei, wie schon Johann Martin Chladenius 1752 in seiner »Allgemeinen Geschichtswissenschaft« erläuterte, wenn er, wie später auch Siegfried Kracauer, die Standortgebundenheit und den »Sehepunkt« des Historikers betonte. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich auch der Zweck der Geschichtsforschung, die der Interpret aus seinem Interesse oder dem seiner Gegenwart extrapoliert.

Doch soll und darf der Zeithistoriker sich ausschließlich nach seiner Gegenwart richten, darf er sich auf das beschränken, was sie für relevant hält, wo er doch genau weiß, wie beschränkt jede Gegenwart ist, darf er – um Habermas zu variieren – seine Erkenntnis nur nach dem Interesse richten, dem Interesse der Gegenwart, der Gesellschaft oder gar der Politik? Muss er nicht vielmehr Komplexität und Offenheit der Geschichte betonen, anstatt sie durch einen aktualitätsbezogenen Relevanzabsolutismus ins intellektuelle Prekariat zu stoßen? Muss er nicht dem gesellschaftlich und öffentlich herrschenden Zweckrationalismus auch gegen Friedrich Nietzsches Kritik an der »antiquarischen« Geschichtsschreibung immer wieder das Postulat zweckfreier Wissenschaft gegenüberstellen?

5 René RÉMOND, *Regard sur le siècle*, Paris 2000.

6 Eric HOBBSBAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998.

7 Christoph KLESSMANN, *Zeitgeschichte in Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Essen 1998.

Beginnen wir mit der Erschütterung durch das katastrophale Erbe von nationalsozialistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg. »Die Schuldfrage« lautete der Titel eines Essays, den der Heidelberger Philosoph Karl Jaspers, eine der moralischen Autoritäten der Zeit, 1946 veröffentlichte⁸. Es handelte sich um einen Auszug der Vorlesung, die Jaspers im Wintersemester 1945/46, also im ersten Semester nach Kriegsende gehalten hat: Titel und Zeitpunkt sind gleichermaßen bezeichnend, das Thema bildete für Jahrzehnte das Leitmotiv aller geschichtspolitischen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem Buch setzte die bohrende und selbstkritische Diskussion über die Ursachen der »deutschen Katastrophe« ein, wie Friedrich Meineckes gleichnamiger Essay, ebenfalls aus dem Jahr 1946, lautete⁹. Und auch das bemerkenswerte Buch des späteren Ministers für Kultur der DDR, Alexander Abusch, aus dem gleichen Jahre, betitelt »Irrweg einer Nation«, gehört in diesen Kontext¹⁰. Nicht allein der Liberale Meinecke und der Marxist Abusch, sondern auch der Konservative Gerhard Ritter, der seinerzeit eine »Revision des deutschen Geschichtsbildes« forderte¹¹, spürte der »Dämonie der Macht« nach. In seinem Buch »Deutschland und Europa« fragte er wie Rudolf Stadelmann in seinen Essays »Deutschland und Westeuropa« nach dem tatsächlichen oder vermeintlichen Sonderweg in der neueren europäischen Geschichte¹².

Dem gleichen Motiv entsprangen auch die zahlreichen moralisch-politischen Zeitschriften der ersten Nachkriegsjahre, auch wenn sie weniger einer historischen Analyse als einer gesellschaftspolitischen und kulturellen Zielsetzung verpflichtet waren. Unter den etwa 25 bedeutenderen Zeitschriften befanden sich beispielsweise Rudolf Pechels »Deutsche Rundschau«, »Die Wandlung«, herausgegeben von Karl Jaspers und Dolf Sternberger, »Die Sammlung«, herausgegeben von Otto Friedrich Bollnow, Wilhelm Flitner und Hermann Nohl sowie die »Frankfurter Hefte«, die Walter Dirks und Eugen Kogon herausgaben – der Verfasser des bereits 1946 veröffentlichten Buches »Der SS-Staat« über das Grauen der Konzentrationslager¹³. Das Buch erreichte übrigens bis 1974 eine Auflage von 350 000 Exemplaren.

Diese wenigen Beispiele aus vielen hundert Titeln zeigen: Die Ursachen des Nationalsozialismus, der Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte, Schuld und Verantwortung der Deutschen, waren beherrschende Themen des intellektuellen Diskurses nicht allein im Rahmen besatzungspolitischer und juristischer Entnazifizierungsdebatten und Verfahren gegen NS-Täter, sondern der historischen und moralischen Diskussion. In jedem Fall erzeugte oder verstärkte diese Diskussion gemeinsam mit den Nürnberger Prozessen 1945/46, den zwölf sogenannten Nachfolgeprozessen, den Entnazifizierungsverfahren, den 37 000 Ermittlungsverfahren gegen 160 000 Personen allein in der alten Bundesrepublik, vor allem seit dem Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, der Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Erfassung von NS-Verbrechen, schließlich dem Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 bis 1966 – über dessen 185 Tage alle großen deutschen Zeitungen ausführlich berichtet haben –, das kollektive Bewusstsein für den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes.

Diese Thematik prägte in Deutschland wie keine zweite die Zeitgeschichtsforschung, so dass die im Vortragstitel gestellte Frage »zu welchem Ende studiert man Zeitgeschichte?« fast für

8 Karl JASPERS, Die Schuldfrage. Heidelberg, Zürich 1946.

9 Friedrich MEINECKE, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

10 Alexander ABUSCH, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946.

11 Gerhard RITTER, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (1950), S. 81–96 und S. 129–137; DERS., Die Neugestaltung Deutschlands und Europas im 16. Jahrhundert, Berlin 1950.

12 Rudolf STADELMANN, Deutschland und Westeuropa. Drei Aufsätze, Laupheim 1948.

13 Eugen KOGON, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946; 2006 in der 43. Auflage erschienen.

Jahrzehnte lauten müsste: zur Aufklärung über die NS-Diktatur, zur politisch-moralischen Erziehung. Und betrachtet man die zeitgeschichtliche Forschung, so war sie in den ersten drei Jahrzehnten zweifelsfrei durch die NS-Forschung dominiert, wie auch die Geschichte des Instituts für Zeitgeschichte demonstriert, die ich zuletzt in dem Band »60 Jahre Institut für Zeitgeschichte« 2009 dargestellt habe¹⁴.

Die Erschütterung bestehender Ordnungen als konstitutives Element der Zeitgeschichte

Und wie ist es heute? Die Zeitgeschichte bleibt aktuell, und ohne sie wüssten die Fernsehsender nicht, wie sie ihre Programme füllen sollten. »Certes, même si l'histoire devait être jugée incapable d'autres services, il resterait à faire valoir, en sa faveur, qu'elle est distrayante«, schrieb Marc Bloch in seiner »Apologie pour l'histoire«¹⁵.

Filme wie »Der Untergang« (französisch »La chute«) oder »Sophie Scholl«, aber auch zahlreiche Romane wie Jonathan Littels »Les Bienveillantes«, die Diskussion über das späte Bekenntnis von Günter Grass, als Siebzehnjähriger gegen Ende des Krieges SS-Mann gewesen zu sein, legen davon Zeugnis ab. Kein Fernsehabend, keine große Tageszeitung ohne zeithistorische Themen, genauer: ohne Filme oder Berichte über Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur. Diese Konzentration zeigt: Es geht auch hier nicht nur um Unterhaltung, sondern um Belehrung, um politisch-historische Bildung, um politische Ethik, durchaus auch um politische Instrumentalisierung der Geschichte.

Und der Buchmarkt ist dadurch ebenso geprägt. Dabei fällt auf: Eine exzellente Biographie über Stresemann oder Adenauer findet mit Sicherheit weniger Leser als eine mittelmäßige über Hitler. Verhält es sich hier wie beim beliebten Genre des abendlichen Fernsehkrimis? Man lehnt sich zwar mit leichtem Grausen, aber doch behaglich zurück und genießt den glücklicherweise nur fiktiven Schock für die eigene bürgerliche Anständigkeit; man weiß ja: Es fließt kein echtes Blut, nur Ketchup. Beim Nationalsozialismus handelte es sich aber trotz der Kriminalität leider nicht um eine Fiktion, sondern um Realität. Und so ist der Befund über die Publikumsresonanz der zeithistorischen Themen auch ernster: Das allgemeine Publikum interessiert sich weitaus mehr für die Geschichte der Diktatur als die Geschichte der Demokratie. Ist das nur in Deutschland so?

Zeitgeschichte in Deutschland könnte man durchaus auch unter dem Titel »Zeitgeschichte und gesellschaftliche Hysterie« abhandeln. Dabei verfahren Publicityexperten und diejenigen, die ihnen in den Medien und Politik Resonanz verschaffen, nach der Anfängerregel: Sie behaupten, erstmals sei etwas bekannt geworden, was bis dahin verdrängt worden sei. Handelt es sich um den Nationalsozialismus oder den Umgang mit ihm in der Bundesrepublik, findet dann die vermeintliche Sensation ihr Publikum und mit Sicherheit Politiker, die daraus Konsequenzen fordern, auch wenn es sich nur um die originelle Entdeckung handelt, dass es im NS-Regime Nationalsozialisten gegeben hat. Nachdem vor zehn, fünfzehn Jahren die sogenannte (erste) Wehrmachtausstellung ein Beispiel bildete, ist es heute das Buch »Das Amt«¹⁶, von dem

14 Horst MÖLLER, Udo WENGST, 60 Jahre Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Geschichte, Veröffentlichungen, Personalien, München 2009.

15 Marc BLOCH, Apologie pour l'histoire ou métier d'historien, Paris 1993, S. 71.

16 Eckart CONZE, Norbert FREI, Peter HAYES, Moshe ZIMMERMANN, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010; vgl. dazu Horst MÖLLER, Fremde Federn. Worin besteht die Sensation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 18. Januar 2011, S. 8; Johannes HÜRTER, Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 167–192; sowie Richard J. EVANS, The German Foreign Office and the Nazi Past, in: Neue Politische Literatur 56 (2011), S. 165–184.

gar ein Kommentator mit Bewunderung behauptete, es sei vielleicht das Wichtigste, was der seinerzeitige Außenminister Fischer, der es in Auftrag gegeben hatte, aus seiner Amtszeit hinterlassen habe. Was für ein trauriger Befund für die deutsche Außenpolitik!

Wie verhält es sich mit den Neuentdeckungen? Ich begnüge mich mit wenigen Beispielen. Als Hannes Heer auf der Grundlage eines vermeintlich 1997 erschienenen Buches entdeckte, dass in der Gefangenschaft der Wehrmacht ungefähr drei Millionen sowjetischer Soldaten elend gestorben waren und dies bis Ende der 1990er Jahre bewusst verdrängt worden sei, vergaß er die Erstauflage des Buches von Christian Streit »Keine Kameraden« zu erwähnen, in dem dies gründlich untersucht worden war. Es wurde 1978, also etwa 20 Jahre vorher, vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht¹⁷.

Als sich einer der sich als Verfasser darstellenden Herausgeber des Buches »Das Amt« in Interviews äußerte, machte er nicht nur kurzerhand Tausende Angehörige des Auswärtigen Dienstes, darunter Nicht-Nationalsozialisten und Angehörige des Widerstands, zu aktiven Trägern einer »verbrecherischen Organisation«, sondern das Ministerium insgesamt zu einem der entscheidenden Organisatoren des Massenmords an den Juden. Die vermeintliche bisherige Nichtbehandlung spielte eine ganze Reihe editorischer und monographischer Erträge herunter. Wenn sie in der Bibliographie erwähnt werden, wurden sie ganz offenbar nicht ausgewertet – das hätte den Neuigkeitswert der eigenen Interpretation beträchtlich beschädigt.

Tatsächlich hat bereits der sogenannte Wilhelmstraßenprozess¹⁸, also einer der erwähnten Nürnberger Nachfolgeprozesse, die Rolle des Auswärtigen Amtes beleuchtet. Tatsächlich sind in der monumentalen Edition der »Akten zur deutschen Auswärtigen Politik«, die zunächst die West-Alliierten in Auftrag gegeben hatten und die unter Leitung eines internationalen Herausgebergremiums wesentlich vom Archiv des Auswärtigen Amtes erarbeitet wurde, unter dem Titel »Das Auswärtige Amt und die Judenfrage« umfangreiche Bestände vor Jahrzehnten publiziert worden.

Die vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebene Edition »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland« enthält zahlreiche Dokumente über den Umgang des Auswärtigen Amtes mit der NS-Problematik. Die berüchtigte Reisekostenabrechnung eines Beamten, der bei Judenerschießungen anwesend war, ist in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« schon 1952 veröffentlicht worden, und wurde auch in dem Buch von Christopher Browning »Das Auswärtige Amt und die Judenfrage« von 1978 zitiert¹⁹. Das erste Buch von Hans Joachim Döschner über das »Auswärtige Amt im Dritten Reich« erschien 1987 – übrigens im Siedler Verlag, also einem Verlag, der sich keineswegs nur in Spezialstudien an Fachleute richtet²⁰. Alle der eben genannten Herausgeber und Autoren haben die einschlägigen Akten benutzt, wurden also keineswegs zum Zwecke der Vertuschung daran gehindert.

Die eigentliche Frage müsste vielmehr lauten: Wofür benötigen wir ein – nach offiziellen Angaben – 1,5 Millionen Euro teures Buch, das aus Steuergeldern finanziert, diesen vermeint-

17 Christian STREIT, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978.

18 Rainer A. BLASIUS, Fall 11. Der Wilhelmstraßen-Prozess gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien, in: Gerd R. UEBERSCHÄR (Hg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, Frankfurt a. M. 1999, S. 187–198; *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess*, hg. von Robert M. W. KEMPNER, Carl HAENSEL, Schwäbisch Gmünd 1950; Robert M. W. KEMPNER, *Das Dritte Reich im Kreuzverhör*. Neuauflage mit einer Einführung von Horst MÖLLER, München 2005.

19 Christopher R. BROWNING, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–1943*, New York 1978; 2010 in deutscher Sprache erschienen.

20 Hans-Jürgen DÖSCHNER, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«*, Berlin 1987.

lichen Neuigkeitswert hat? Diese Frage habe ich aber in keiner der innerhalb weniger Wochen drei pralle Leitzordner umfassenden Berichterstattung gefunden. Erwähnenswert wäre dieser Vorgang nicht aus wissenschaftlichen Gründen, doch zeigt er welchen Sensationswert vermeintliche NS-Enthüllungen über die Zeit vor 1945 und danach haben, wie sich Historiker von der öffentlichen Wirkung in zeitgeschichtlichen Fragen korrumpieren lassen und wie sie deshalb von Teilen der medialen Öffentlichkeit bzw. der Politik instrumentalisiert werden – von Stimmen, die weder die Akten, noch die wissenschaftliche Literatur kennen. Dieses Beispiel ist spezifisch nicht allein für die Zeitgeschichte, sondern insbesondere für die Zeitgeschichte in Deutschland.

Das öffentliche, das gesellschaftliche und politische Interesse an der Zeitgeschichte beeinflusst selbstverständlich auch die wissenschaftliche Disziplin der Zeitgeschichtsforschung. Die Bibliographie des Instituts für Zeitgeschichte ist eine begrenzte – auch Aufsätze enthaltende – Auswahlbibliographie von mehr als 100 000 Titeln aus den etwa 250 000 Bänden der eigenen Bibliothek, die die gesamte, vor allem europäische Zeitgeschichte betreffen. Die zuletzt im Jahr 2000 publizierte Spezialbibliographie von Michael Ruck ausschließlich zum Nationalsozialismus führt 37 000 Titel auf, inzwischen dürfte die Zahl der Publikationen zum Nationalsozialismus selbst diejenigen zur Französischen Revolution überschreiten²¹. Und insofern mag die naive Frage einer Betriebswirtin, die eine der regelmäßigen Rechnungsprüfungen staatlicher Aufsichtsbehörden im Institut für Zeitgeschichte vornahm, für einen Laien nachvollziehbar sein: »Sie haben doch schon so viele Bücher über die nationalsozialistische Diktatur, warum schaffen Sie immer noch weitere an?«

Französische Revolution und nationalsozialistische Diktatur, was bedeuten diese so unvergleichbaren historischen Phänomene außer der Erschütterung aller Ordnungen inhaltlich für unser Thema? Beide haben das nationale Selbstbewusstsein erschüttert, beide sind Kristallisationspunkte des nationalen Geschichtsbildes geworden, die Französische Revolution als positive Identifikation, die Diskussion über die *Terreur* der Jakobinerherrschaft trat dabei zurück: »La Révolution est un bloc«, hat Clemenceau gesagt. Schon das Centenaire 1889 und wieder das Bicentenaire 1989 haben das noch einmal gezeigt: Revolution und Nation, Revolution und Republik, Nation und Demokratie konstituieren unauflöslich verbunden das französische Geschichtsbild. Allerdings führte nicht erst die Rede von Staatspräsident Jacques Chirac, der 1995 im Gegensatz zu seinen Vorgängern erklärte, dass auch – so schmerzlich das sei – das Vichy-Regime zum französischen Staat und Volk gehöre und diese Verantwortung übernommen werden müsse, zur Periodisierung einer *histoire présente*, die mit dem Vichy-Regime beginnt²².

Was bedeutet es aber für das dominante Thema der deutschen Zeitgeschichte, sie als Geschichte der Zeitgenossenschaft zu definieren? In wenigen Jahren wäre der Nationalsozialismus nicht mehr Gegenstand der Zeitgeschichte, da schon heute an ihn höchstens noch drei bis vier Prozent der Bevölkerung eine persönliche Erinnerung haben, darunter die meisten nur noch Kindheitserinnerungen: Wer am Ende des Krieges erwachsen war, ist heute bereits 86 Jahre alt, wer 1933 schon wählen durfte, ist heute 98 Jahre alt. Aber können wir uns vorstellen, dass der Nationalsozialismus nicht mehr Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung ist, also als weniger gegenwartsnah empfunden wird, als andere historische Phänomene des

21 Michael RUCK, Bibliographie zum Nationalsozialismus, 2 Bde., Darmstadt 2000.

22 Rede, gehalten am 16. Juli 1995 anlässlich des 53. Jahrestages der »rafle du Vel d'Hiv«, der von französischer Polizei durchgeführten Razzia und anschließenden Deportation von mehreren tausend jüdischen Einwohnern aus Frankreich: Jacques CHIRAC, Commémoration de la grande rafle des 16 et 17 juillet 1942. Paris, le 16 juillet 1995, in: DERS., Mon combat pour la France. Textes et interventions 1995–2007, Paris 2007, S. 30–33; Henry ROUSSO, Le syndrome de Vichy, Paris ²1990; DERS., Vichy. L'événement, la mémoire, l'histoire, Paris 2001; Jean-Pierre AZÉMA, Olivier WIEVIORKA, Vichy, 1940–1944, Paris ²2004, S. 293–358.

20. Jahrhunderts? Wenn Ranke gesagt hat, jede Epoche sei unmittelbar zu Gott, oder säkularisiert ausgedrückt, jede Epoche sei von eigener Bedeutung und müsse aus sich heraus verstanden werden, so lautet die heutige Prämisse in Deutschland: Jede Epoche des 20. Jahrhunderts ist unmittelbar zur nationalsozialistischen Diktatur. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Geschichte der Demokratie, der Weimarer Zeit als Ursachenanalyse für den Aufstieg des Nationalsozialismus, der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, weil die Demokratiegründung in Westdeutschland im Schatten der NS-Diktatur und als Antithese zu ihr erfolgte.

In Deutschland hat die Definition der Zeitgeschichte als Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg aber noch eine andere Konsequenz: Nicht eine Revolution wie etwa die von 1848/49, nicht die grundlegenden Reformen seit Aufklärung und frühem 19. Jahrhundert bilden den Ausgangspunkt, sondern die Epoche der Weltkriege mit dem Scharnier der nationalsozialistischen Diktatur: Aus der historischen Erschütterung aller bestehenden Ordnungssysteme folgte also keine positive Identifikation wie in Frankreich, sondern eine negative. Die Revolution von 1918/19 und die Weimarer Republik werden als das Scheitern erfahren, das den Nationalsozialismus und damit die deutsche, die europäische, ja eine Menschheitskatastrophe ermöglicht hat. Für die deutsche Zeitgeschichte gilt folglich die Trias Scheitern der (Weimarer) Demokratie, nationalsozialistische Diktatur, erfolgreiche Demokratiegründung in Westdeutschland.

Eine von 1949 bis 1989 gesplattene Nachkriegsgeschichte setzte nach dem Zweiten Weltkrieg den Dualismus von Demokratie im Westen und der – dieses Mal kommunistischen – Diktatur im Osten fort: Der Antinazismus ergänzte sich in der Bundesrepublik um dem Antikommunismus. Der antitotalitäre Grundkonsens richtete sich konsequent gegen beide antidemokratischen totalitären Ideologien und Systeme des 20. Jahrhunderts, zumal schon die Kommunisten die Weimarer Demokratie und nun die der Bundesrepublik Deutschland bekämpften. In der DDR selbst umfasste die Zeitgeschichte einen viel kürzeren Zeitraum, nämlich die Zeit ab 1945, ihr Inhalt war wesentlich der Sieg des Antifaschismus und die Herrschaft des Kommunismus. Das endgültig 1949 gegründete und 1971 wieder aufgelöste »Deutsche Institut für Zeitgeschichte« in Ost-Berlin war folglich ein Institut vor allem für die Geschichte der DDR.

So ist auch die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte 1949 in München aus dieser schockierenden Betroffenheit der nationalsozialistischen Diktatur entstanden; sie diente zunächst der Sammlung von Quellen und Literatur, der Dokumentation und Erforschung der nationalsozialistischen Diktatur, ihrer Ursachen und Wirkungen, schließlich der Nutzung historischer Erkenntnisse für die politische Bildung. Aus der systematischen Begründung resultierte die schnelle zeitliche und geographische Ausdehnung der Aufgabenstellung: Die Ursachen der NS-Diktatur lagen vor 1933, die Wirkungen nach 1945, die nationalsozialistische Besatzungspolitik 1939 bis 1945, die Besetzung Deutschlands 1945 dehnten den Gegenstandsbereich über deutsche Grenzen aus.

Der Bedarf historischen Sachverständs für die zahlreichen NS-Prozesse in den Jahrzehnten nach 1949 bewirkte, dass das Institut für Zeitgeschichte seiner Verpflichtung zur Erstellung von Gutachten für Gerichte und Behörden – darin der Aufgabenstellung des RIOD (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie) in Amsterdam verwandt – in reichem Maße nachkommen musste: Mehr als 9000 Gutachten sind in der Institutsgeschichte erstellt worden, darunter viele bedeutende Forschungsleistungen, wie die für den Frankfurter Auschwitzprozess 1963 bis 1966, die unter dem Titel »Anatomie des SS-Staates« veröffentlicht wurde: Vor Gericht zählten nur Fakten, keine moralische Empörung, keine politische Gegnerschaft: dies zwang zur Wissenschaftlichkeit, machte aber gerade durch die strenge Nüchternheit das Grauenhafte der nationalsozialistischen Verbrechen noch sichtbarer, die politische Lehre, die daraus zu ziehen war, noch zwingender²³.

23 Anatomie des SS-Staates. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, hg. von Martin BROZAT und Hans BUCHHEIM, 2 Bde., München 1967.

Diktatur- versus Demokratiegeschichte

Nach dem Epochenwechsel 1989/90 war ein Perspektivenwechsel fällig. Die Frage ist, ob und in welchem Maße er erfolgt ist. Für die deutsche Zeitgeschichte ist zunächst nur eine Intensivierung beziehungsweise Erweiterung der Themenstellung zu konstatieren. Wurde die Geschichte der DDR bis dahin nur rudimentär und aufgrund der Unzugänglichkeit zentraler Quellenbestände nur partiell behandelt, gab es, von Ausnahmen wie Hermann Weber, Karl Wilhelm Fricke und anderen abgesehen, nur wenige geschichtswissenschaftlich arbeitende Forscher sowie daneben vor allem in der Gesellschaft für Deutschlandforschung und um Soziologen wie Peter Christian Ludz konzentrierte Analysen, so änderte sich das mit Beginn der 1990er Jahre schlagartig.

Man kann geradezu von einer Goldgräberstimmung in der quellenorientierten DDR-Forschung sprechen. Selten zuvor, nicht einmal in bezug auf die Akten des NS-Regimes nach 1945, wurden auf einen Schlag solche Massen an Quellen zugänglich – mit Ausnahme der Dokumente des DDR-Außenministeriums und der Besonderheiten der Stasi-Unterlagen alle anderen Bestände, vor allem die in der SAPMO zusammengefassten. Heute ist die DDR-Forschung ein florierender Forschungszeitweig, dem sich gleich mehrere zeitgeschichtliche Institute und zahlreiche Einzelforscher an Universitäten widmen. Allerdings gilt bis heute: Mehr als die Hälfte der Dissertationen, die mit Quellenbeständen des Bundesarchivs arbeiten, behandeln Themen der NS-Geschichte.

Auch die DDR-Geschichte ist Diktaturgeschichte, tatsächlich haben die Deutschen hier, wie Jorge Semprún einmal bemerkt hat, eine besondere Verantwortung, müssen sie doch beide ideologisch aufgeladenen, jedenfalls vom Anspruch her totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts »bewältigen«²⁴.

Mit anderen Worten: In Deutschland bleibt die Zeitgeschichte über weite Strecken Diktaturgeschichte, und die öffentlichen Debatten über die zweite deutsche Diktatur sind von Emotionalität nicht frei, auch wenn sie selten vergleichbare Hysterien auslösen wie die Diskussion über Veröffentlichungen zur NS-Geschichte. Tatsächlich resultiert dies aus der Tatsache, dass die Wertorientierung einer rechtsstaatlichen Demokratie die politische und moralische Basis des Urteils ist. Dies ist moralisch auch notwendig und bleibt auch politisch notwendig, solange der fundamentale Gegensatz von Demokratie und Diktatur infrage gestellt wird. Für die Interpretation des NS-Regimes ist das seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall, für die DDR gilt das bis heute jedoch nicht uneingeschränkt.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob dieser deutsche Sonderweg, Zeitgeschichte primär als Krisen-, Diktatur- und Kriegsgeschichte, als Geschichte nationaler Katastrophen zu behandeln, Zukunft hat. Zum einen führt dies zu thematischen und methodischen Verengungen, zum anderen zur Reduktion auf nationalgeschichtliche Perspektiven. Sie stehen nicht nur im Gegensatz zur Globalisierung, sondern auch zu in der Forschung seit längerem erkennbaren Entwicklungen.

Zum einen kann und muss man Zeitgeschichte auch auf ganz anderen Themenfeldern erforschen, zum Beispiel die Dekolonialisierung und die Geschichte der Dritten Welt, die Geschichte von Technologie, Verkehr, Kommunikation usw. Dies alles sind dann Themen nicht einer Katastrophen-, sondern einer Modernisierungsgeschichte. Zum anderen ist eine Erweiterung des Themen- und Methodenspektrums erfolgt. Sie dient zwar auch der Erforschung von Diktaturen, beispielsweise gesellschafts- und alltagsgeschichtlich, beispielsweise in der Erforschung von Perzeptionen und symbolischen Akten, der Erinnerungsgeschichte und anderem mehr. Diese Fragestellungen und Methoden reduzieren sich jedoch nicht auf Diktaturen.

24 Jorge SEMPRÚN, *Une tombe au creux des nuages. Essais sur l'Europe d'hier et d'aujourd'hui*, Paris 2010.

Und schließlich bleibt es paradox und meines Erachtens auch politisch bedenklich, dass trotz einer klaren Erweiterung zur Geschichte der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre hinein, die insgesamt sehr viel längere Geschichte der Demokratie in Deutschland nach wie vor im In- und Ausland auf sehr viel geringeres Interesse der Forschung und der Öffentlichkeit stößt, als die Geschichte der Diktaturen.

Und der Hiatus wird noch größer, wenn man an das Interesse der Medien denkt, auch wenn zeitweilig eine sachlichere Beurteilung erkennbar war: Als einige Kollegen und ich selbst seit 1983 auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl eine Konzeption für das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorbereiteten, zeigte sich wieder einmal die erwähnte Hysterie: Von Hans Ulrich Wehler bis zu Jürgen Habermas, von der »Zeit« bis zur »Süddeutschen Zeitung« und dem kulturpolitischen Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion Freimut Duve hallte es dauererregt wider: Hier solle die deutsche Vergangenheit »entsorgt«, das NS-Regime verdrängt werden. Wie kann man nur – wie mein Vorgänger als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte Martin Broszat (der zweifellos ein führender Experte der Geschichte der NS-Diktatur war) sagte – die so langweilige und »provinzielle« Geschichte der Bundesrepublik dokumentieren wollen. Diese Polemik ist heute vergessen, das Haus der Geschichte hat seinen festen Platz erobert. Trotzdem gibt es, wie oben erwähnt, immer wieder Rückfälle, die die Geschichte der Bundesrepublik vor allem als Wirkungs- und Nichtbewältigungsperiode der NS-Geschichte betrachten, obwohl die Interpretation der Bundesrepublik als »verhinderte Neuordnung«, als »Restauration«, die seit Mitte der 1960er Jahre aufkam, in der Forschung längst obsolet geworden ist.

Meines Erachtens sollte neben der vergleichenden Diktaturgeschichte eine vergleichende Demokratiegeschichte sehr viel stärker ausgebaut werden, zumal dieser komparatistische Zugriff der politischen Realität des seit den 1950er und insbesondere den 1990er Jahren immer stärker zusammenwachsenden Europa entspricht. Aktuelle Entwicklungen moderner Industriegesellschaften und Demokratien, ihre Gefährdungen, aber auch ihre immer wieder erkennbaren Stabilisierungen, ihre flexiblen Reaktionen und Krisenlösungskapazitäten unter historischer Perspektive zu erforschen, stellt eine fruchtbare Herausforderung der Zeitgeschichte dar, der sie sich stellen muss, will sie nicht bloß von gestern sein. Dazu gehört zunehmend auch die integrative Geschichte eng verbundener europäischer Staaten und der Europäischen Union insgesamt.

Wir müssen heute nicht mehr nur vom »Verlust der Mitte« (Hans Sedlmayr) ausgehen, der für die Zeitgeschichte als Katastrophengeschichte Auslöser war, sondern von einer wiedergewonnenen Mitte²⁵. Das gilt seit dem Epochenwechsel von 1989–1991 nicht nur für die Geschichte Westeuropas, das gilt auch für die deutsche Geschichte, die nicht mehr allein als Teilungsgeschichte geschrieben werden kann, sondern als die Geschichte des »doppelten« Deutschlands, dessen Teilstaaten, trotz der politischen Gegensätzlichkeit von Demokratie und Diktatur, die nicht verwischt werden darf, trotz der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges, immer aufeinander bezogen waren.

Für die Zeitgeschichtsforschung kommt es wesentlich darauf an, diesen neuen Perspektiven in der öffentlichen Debatte Geltung zu verschaffen, ohne die notwendigen klassischen Felder aufzugeben. Für das Fach Zeitgeschichte aber ist es wichtig, selbst ein Stück Integration zurückzugewinnen, zerfällt es doch mehr und mehr in wissenschaftliche Parallelgesellschaften, die sich nur noch begrenzt wechselseitig zur Kenntnis nehmen, wegen generationsbedingter und methodischer Unterschiede, aber auch aufgrund der zunehmenden Spezialisierung des Fachs, in der die NS-Forscher mit den DDR-Forschern und beide mit den Demokratieforschern geringen oder überhaupt keinen Austausch pflegen. Und schließlich können die heu-

25 Hans SEDLMAYR, *Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symbol der Zeit*, Salzburg 1948.

tigen Perspektiven der Zeitgeschichte nur transnational definiert werden: Die nach den Diktaturen verlorene Unschuld Schillers können wir nicht wiedergewinnen, seinen multiperspektivischen und undogmatischen Blick auf die Zeitgeschichte schon!